

Die „neue Geografie“ der Armut

Welche Implikationen ergeben sich für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)?

Lukas Schlögl

Der Wirtschaftsaufschwung in zahlreichen Ländern des globalen Südens stellt die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) vor neue Anpassungserfordernisse. Einst ökonomisch schwach entwickelte „Empfängerländer“ haben sich zu dynamischen Wachstumsmärkten und globalen Playern transformiert. Es gibt gute Argumente für einen Rückzug der traditionellen EZA aus aufstrebenden Entwicklungsländern – wenn er von einer kohärenten Politik der Beziehung zu den neuen Partnerländern begleitet wird.

Ein neues Zeitalter der Entwicklung

Während die westliche Welt seit Jahren unter dem Eindruck einer anhaltenden Weltwirtschaftskrise und deren politischem Nachhall steht, ist für einige Länder des globalen Südens aus entwicklungspolitischer Sicht ein neues Zeitalter angebrochen. In ihrem jüngsten „Bericht über die menschliche Entwicklung“ lobte die UN die „eindrucksvolle Transformation einer großen Anzahl von Entwicklungsländern zu dynamischen großen Volkswirtschaften mit wachsendem politischen Einfluss“ (UN 2013: iv). Laut OECD durchläuft die Welt eine „globale Wohlstandsverschiebung“, die, sofern der Trend aufrechterhalten bleibt, das bekannte Muster der weltweiten Einkommensunterschiede radikal verändern wird (OECD 2010: 98). Die Weltbank schätzte bereits 2006, dass im Jahr 2050 die Gesamtwirtschaftsleistung der Entwicklungsländer das Doppelte jener der Industrieländer betragen wird (Weltbank 2006: 3). Auf den weltweiten Märkten treten Entwicklungsländer, die einst der Peripherie der Weltwirtschaft zugeordnet wurden, immer mehr als ernsthafte Konkurrenten zu den Hocheinkommensländern auf (Weltbank 2007: XI). Für die Präsidentin von Liberia, Ellen Johnson Sirleaf, sind „die Unterschiede [in Afrika] zwischen der Hoffnungslosigkeit und dem Elend der 1980er und der Hoffnung und Energie von heute wie Tag und Nacht“⁴ (Ra-delet 2010: 5).

Bereits kleine Differenzen in den Wachstumsraten haben langfristig enorme Auswirkungen: Ein Land, dessen Durchschnittseinkommen sich jährlich um 8% erhöht, erlebt alle neun Jahre eine Einkommensverdoppelung – während es mit einem Wachstum von 1% dafür 72 Jahre benötigt. Viele Entwicklungsländer verzeichnen derzeit ein stabiles Wirtschaftswachstum jenseits der 5% und erleben dadurch eine Transformation ihrer Volkswirtschaften, die nicht einem schnelllebigen Rohstoffboom zugeschrieben, sondern überwiegend auf verbesserte Institutionen und politische Stabilität zurückgeführt wird. Dass Afrika Teil dieses globalen Wachstumstrends ist, und derzeit sogar die am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt beherbergt, ist ein

historisch neuartiges Phänomen. Wirtschaftsanalysten von McKinsey bis Ernest & Young überschlugen sich mit Jubelmeldungen über die sich geografisch nach allen Kontinenten ausweitenden „Emerging Markets“. Wie sehr diese optimistische Bewertung langfristig der Realität standhält werden die nächsten Jahre zeigen.

Obwohl der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas seit seiner Öffnung nur ein Teil dieser Entwicklung ist, wird er häufig *pars pro toto* für den „Aufstieg des Südens“, wie die UN die Entwicklung bezeichnen, verwendet (UN 2013). Nach manchen Datenquellen hat das Bruttonationaleinkommen (BNE) Chinas das der USA (nach Kaufkraftparität) bereits überschritten und damit eine wirtschaftshistorische Ära beendet, in der die USA sowohl das höchste Gesamteinkommen wie auch eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen weltweit auf sich vereinigte (Milanovic 2013). Im Klima der aktuellen Weltwirtschaftskrise nährt dieser Bruch mit bekannten Mustern Ängste vom „Untergang des Westens“ (Moyo 2012) und dem Heranbrechen eines „postamerikanischen Zeitalters“ (Zakaria 2011). Gleichzeitig entsteht im Süden ein neues Bewusstsein, das sich u.a. im Entstehen neuer Entwicklungshilfeeinrichtungen, Süd-Süd-Kooperationen und der aktiven Rolle der G20 widerspiegelt. Die wirtschaftliche Besserstellung des globalen Südens hat bereits signifikante Auswirkungen auf die globalen Armutsstatistiken (Chen/Ravallion 2012). Darüber hinaus wirkt der Wirtschaftsaufschwung in zahlreichen Ländern auch als politischer Katalysator, wie die Mittelschichts-Unruhen von der Türkei bis Brasilien im Frühjahr 2013 verdeutlichen.

Die EZA ist erst langsam dabei, sich an diese neuen Entwicklungen anzupassen. Legitimation und Selbstverständnis der internationalen Hilfe fußen auf der Annahme eines starken zwischenstaatlichen Wohlstandsgefälles und einer Position der wirtschaftlichen Überlegenheit von Geberländern. Obwohl es das erklärte Ziel der EZA ist, auf die Überwindung von „aid dependency“ hinzuwirken, wird die Diskussion über den Anpassungsbedarf der Entwicklungspolitik ange-

sichts des Erstarkens von Volkswirtschaften im Süden zurzeit erst begonnen. Die lange dominierende Frage nach der Wirksamkeit der EZA tritt durch die neuen Entwicklungen geradezu in den Hintergrund: Wurde die Geberorientierung konventioneller Entwicklungshilfen durch die Pariser Agenda und die Busan-Partnerschaftserklärung (OECD 2005, 2011) bereits einschneidend korrigiert, wird die Praxis der EZA durch den „Aufstieg des Südens“ langfristig wohl noch radikaler infrage gestellt.

Arme Menschen oder arme Länder?

Während vor zwanzig Jahren noch über 90% der Armen in Ländern lebten, die offiziell als „Niedrigeinkommensländer“ (LICs – Low-Income Countries) klassifiziert wurden, sind nunmehr weltweit 70% der Armen in sogenannten „Mittlereinkommensländern“ mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen rund US\$ 1.000 bis US\$ 12.000 pro Jahr beheimatet (vgl. Kanbur/Sumner 2011). Diese Entwicklung hat zu einer „neuen Geografie der Armut“ⁱⁱ geführt, in der die Mehrheit der ärmsten Menschen nicht mehr in den ärmsten Ländern lebt, sondern in den bevölkerungsreichen Schwellenländern China, Indien, Indonesien, Brasilien usw. Diese neue Situation wirft die Frage auf, wer der primäre Adressat der Entwicklungszusammenarbeit sein soll: arme *Staaten* oder arme *Menschen*? Stehen die Menschen im Zentrum, dann müsste die EZA paradoxerweise in Ländern tätig sein, die von sich aus bereits über substantielle Ressourcen zur Armutsbekämpfung verfügen.

2012 erklärte die britische Ministerin für Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Justine Greening, konzessionelle Projekthilfen an Indien einzustellen, und die bilaterale Zusammenarbeit mit dem Subkontinent fortan auf Wissensaustausch, Handelsbeziehungen und Privatsektorentwicklung zu konzentrieren. Diese Entscheidung reflektiere „Indiens rasches Wachstum und die Entwicklungsfortschritte des letzten Jahrzehnts“ sowie seine „wachsende Kapazität, aus eigenen Mitteln Entwicklungsprogramme zu finanzieren“ⁱ (Greening 2012). Dieser Erklärung vorausgehend hatte Indien die britische EZA mit dem Argument zurückgewiesen, dass es „Peanuts“ – immerhin 280 Mio Pfund jährlich – nicht benötige (Tran 2013). Das Land zahlte sämtliche ODA-Kredite (ODA – Official Development Assistance) vorzeitig zurück und entschied sich, weitere ODA-Zuflüsse der ehemaligen Kolonialmacht abzulehnen.

Tatsächlich stellt sich die Frage, ob ein Land mit eigenem Raketenprogramm, einer zunehmenden Dichte an Dollar-milliardären und einer rasant wachsenden Mittelschicht, ein prioritärer Hilfsempfänger sein kann (vgl. Barder 2012). Andererseits aber beherbergt Indien ein Drittel der weltweit in extremer Armut Lebenden (Olinto/Uematsu 2013) und macht bei zentralen Vorgaben der Millenniums-Entwicklungsziele der UN keine zufriedenstellenden Fortschritte (Statistikamt Indien 2011). Über zwei Drittel der Armen in Indien leben in Bundesstaaten, die – wären sie Nationalstaaten – als Niedrigeinkommensländer klassifiziert werden würden (Sumner 2013: 16). Manche der indischen Bundesstaaten sind bevölkerungsreicher als einige afrikanische Länder. Darüber hinaus zeigte der Weltbank-Ökonom Martin Raval-

lion (2009), dass Indien etwa im Gegensatz zu Brasilien und China nicht die Kapazität hat, die Lücke zur US\$ 1,25-Armutsgrenze durch Umverteilung der Einkommen wohlhabenderer BürgerInnen zugunsten der Armen zu schließen, da nicht genügend Einkommen zur Besteuerung vorhanden sei. Die EZA befindet sich angesichts solch diskrepanter Voraussetzungen in einem Dilemma.

Entwicklungspolitisches Engagement in Ländern mit mittleren Einkommen?

In der entwicklungstheoretischen Debatte bilden sich derzeit zwei divergierende Ansichten zu der Problemstellung heraus:

Auf der einen Seite steht der Oxford-Entwicklungsökonom Paul Collier. Für ihn sollte internationale Hilfe „kaum eine Rolle“ in Mitteleinkommensländern spielen. Collier erscheint es „beleidigend gegenüber diesen Gesellschaften, sich allzu sehr in deren interne Politikbereiche einzumischen“, da die Frage der Einkommensverteilung „fundamental eine nationale Angelegenheit“ⁱ sei (IDS 2010). Im Zentrum von Colliers Interesse steht die „unterste Milliarde“ vorwiegend in Afrika und fragilen Staaten lebender Armer, auf die sich seiner Ansicht nach internationale Hilfsanstrengungen und Interventionen konzentrieren sollten. Er ortet die Existenz von „Development Traps“, die die Entwicklung armer Länder systematisch behindern würden und ohne externe Eingriffe schwer zu überwinden seien: innere Gewaltkonflikte, Regierungsversagen, der Ressourcenflucht und Binnenlagen mit problematischen geografischen Nachbarn. Die aufstrebenden Schwellenländer betrachtet Collier gewissermaßen als gelöstes Problem und wirft der EZA mit ihren fortbestehenden Engagements in Mitteleinkommensländern Beharrungstendenzen und Eigennutz vor: Entwicklungsagenturen und Projektträger würden gegen seine „Eine-Milliarde-These mit der Beharrlichkeit bürokratischer Apparate kämpfen, die ihre Existenz gefährdet sehen (...). Allein die althergebrachte Lesart von den fünf Milliarden, die der Entwicklungshilfe bedürfen, verschafft ihnen die Legitimation, überall zu sein – überall, nur nicht bei der untersten Milliarde. (...) Die Entwicklungsagenturen haben Schwierigkeiten, Mitarbeiter in den Tschad oder nach Laos zu beordern; die glanzvollen Posten sind Länder wie Brasilien oder China. (...) Es ist also kaum zu erwarten, dass diejenigen, die das Geschäft der Entwicklungshilfe betreiben, freiwillig umdenken.“ (Collier 2007: 18)

Demgegenüber hat sich der britische Entwicklungsökonom Andy Sumner (King's College) mit der These positioniert, dass durch den Wachstumsschub in den Emerging Markets eine „neue unterste Milliarde“ entstanden sei, die von der internationalen Hilfe nicht außer Acht gelassen werden dürfe. In seinem Artikel „Where Do The Poor Live?“ macht er darauf aufmerksam, dass sich die Verteilung der weltweiten Armut dergestalt verändert habe, dass nunmehr die Mehrheit der extrem Armen in Mitteleinkommensländern lebe (Sumner 2012). Die EZA würde in Zukunft einer entsprechenden „Kontextualisierung“ bedürfen, da Länder wie China und Indien – im Unterschied zu manchen fragilen und stagnierenden Mitteleinkommensländern – kaum Bedarf an klassischer ODA hätten (ebd.: 874).

Kanbur und Sumner (2011) beschreiben vier Gründe, die aus ihrer Sicht ein Engagement in reicheren Entwicklungsländern legitimieren können: i) sei die Existenz chronischer Armutszonen in Mitteleinkommensländern ein Anlass für die Fortsetzung von EZA; ii) könne die Zusammenarbeit mit Mitteleinkommensländern die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter ermöglichen und insbesondere grenzüberschreitenden negativen Externalitäten auf Niedrigeinkommensländer (wie Klimawandel, Finanzkrisen, Infektionskrankheiten usw.) entgegenwirken; iii) könne durch das Engagement in Mitteleinkommensländern Wissen über die Wirkungsweisen von Wohlstandsgenerierenden Politiken abgeleitet werden, das ärmeren Ländern zugutekommt; iv) gäbe es ein moralisches Argument, die EZA mit den Armen in Mitteleinkommensländern dann zu prolongieren, wenn deren wirtschaftlicher Missstand auf Machtmissbrauch und ausbeuterische Beziehungen im internationalen System zurückzuführen ist.

Die Argumente der Befürworter und Gegner von EZA in Mitteleinkommensländern werden von Anna Thomas (2013: 139) übersichtlich zusammengefasst. Betrachten wir die Auseinandersetzung aus einer abstrakteren Perspektive, dann entzweien sich die Meinungen im Kern darüber, inwieweit die „Aufteilung“ der Welt in nationalstaatliche Entitäten für die Allokation internationaler Hilfen relevant ist. Eine der Positionen läuft darauf hinaus, die Armutsprävalenz ortsunabhängig zu reduzieren, d.h. dorthin Mittel zu kanalisieren, wo die meisten armen Menschen leben. Der andere Ansatz berücksichtigt dagegen, dass Arme vielfach in Gesellschaft Reicher leben – woraus sich andere, nationale Verantwortlichkeiten ergeben (vgl. Kanbur/Sumner 2011). Die Debatte wird in den nächsten Jahren zweifellos fortgeführt werden. Ihr Ausgang hängt davon ab, wie sehr die Emerging Markets in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die Armutsprävalenz weiter zu reduzieren.

Wie reagiert die OEZA?

Die OEZA trägt den weltwirtschaftlichen Umwälzungen in ihrem Dreijahresprogramm 2013-2015 Rechnung, in welchem sie die „Notwendigkeit eines verstärkten Dialogs mit den neuen politischen Akteuren“ und von „globalen Partnerschaften“ (BMeiA 2012: 9) unterstreicht. Operativ hat die OEZA auf den „Aufstieg des Südens“ in besonderem Maße durch das Phasing-Out von Länderprogrammen reagiert: So wird das Engagement der Austrian Development Agency (ADA) in Zentralamerika ebenso wie die bilaterale Kooperation mit Nicaragua mit 2013 auslaufen; aus den Kap Verden – einem langjährigen Schwerpunkt der OEZA und einem der wenigen Länder, die aus der LDC-Kategorie graduiert sind – hat sich die OEZA bereits zurückgezogen. Darüber hinaus wird sich die OEZA auch aus der Region Westbalkan schrittweise mit der „traditionellen bilateralen EZA“ zurückziehen (ebd.: 35).

Die Entscheidungen zum Rückzug aus den genannten Ländern und Regionen sind im Interesse einer Konzentration knapper Mittel auf prioritäre Ziele der Armutsbekämpfung gut argumentierbar. „Alle Entwicklungspolitik arbeitet auf diesen Tag hin: sich selbst verzichtbar zu machen, weil das Partnerland in der Lage ist, seine wirtschaftliche Entwick-

lung selbstverantwortlich zu gestalten“, erklärte Außenminister Spindelegger anlässlich des Ausstiegs der OEZA aus Kap Verde (BMeiA 2010). Vorrangiges Anliegen bleibt es laut Dreijahresprogramm, sich „in Ländern niedrigen Einkommens aktiv zu engagieren“ (BMeiA 2012: 11).

Es ist vor diesem Hintergrund erstaunlich, dass die ADA im Gleichschritt mit dem Rückzug aus einigen wirtschaftlich erstarkenden Empfängerländern erst kürzlich Programme im Südkaukasus eröffnet hat – einer Region, die als „Drehscheibe für den Energietransport“ und „wesentliches Anliegen der österreichischen Außenpolitik“ gelte, wie es im Dreijahresprogramm heißt (ebd.: 35). Die Engagements im Donauraum und im Schwarzmeerraum/Südkaukasus entziehen sich einer plausiblen entwicklungspolitischen Motivation, denn weder ist die Region arm, noch leben Massen von Menschen in absoluter Armut. Außenhandelspolitische Interessen sind grundsätzlich legitim, dürfen aber nicht entscheidend für die Auswahl einer neuen Schwerpunktregion der OEZA sein.

Laut OECD fließen substanzielle ODA-Beträge Österreichs in Mitteleinkommensländer von der Türkei über China bis zum Balkan. Diese Statistik ist allerdings differenziert zu betrachten, da wesentliche Summen nicht auf projektartige Interventionen, sondern auf „indirekte Studienplatzkosten“ und auf Zinszuschüsse für Exportkredite zurückzuführen sind. Betrachtet man die entwicklungspolitisch gestaltbaren Leistungen, dann wäre mittelfristig zu erwarten, dass die OEZA die europäischen Empfängerländer mit zunehmender Integration in die EU systematisch aus dem Fokus der ADA nimmt. Die Schließung des Koordinationsbüros der OEZA in Sarajewo 2011 sowie des Büros in Belgrad 2012 und der geordnete Rückzug bis Ende 2013 bestätigen, dass die OEZA diese Richtung eingeschlagen hat.

Die OEZA ist nicht mit substanziellen Programmen in den großen Wachstumsmärkten wie China, Indien, Indonesien oder Brasilien aktiv und steht daher nicht, wie andere Geber, vor der komplexen Frage nach der Zukunft der Hilfe in diesen Ländern. Anders sieht es mit der EZA der Europäischen Kommission aus, die Österreich mitgestaltet. Innerhalb der EU wird derzeit eine Debatte geführt, welche Kriterien für die Vergabe von Zuschüssen an Mitteleinkommensländer gelten, welche Indikatoren für die Vergabe herangezogen und welche Übergangs- und Ausnahmeregelungen in Kraft treten sollen. Außerdem wird die Frage verhandelt, welche Modalitäten der Zusammenarbeit der traditionellen EZA in Mitteleinkommensländern nachfolgen könnten (Herbert 2013). Fest steht, dass das Prinzip der „Differenzierung“ zwischen Empfängerländern ein integraler Bestandteil der europäischen EZA-Strategie in den kommenden Jahren sein wird: In dem Strategiepapier „An Agenda for Change“ spricht sich die Kommission dafür aus, dass Zuschussbasierte Förderungen in der Zusammenarbeit mit aufstrebenden Entwicklungsländern in Zukunft nicht mehr zum Einsatz kommen sollen, stattdessen aber andere Modalitäten der Zusammenarbeit (EK 2011: 9). Die Kommission ruft dazu auf, konventionelle Hilfsflüsse in fragile Staaten, insbesondere in Sub-Sahara Afrika und in den Nachbarstaaten der EU zu konzentrieren. Diese strategische Neuausrichtung könnte mittelfristig zur Graduierung bedeutender Empfängerländer von Brasilien über China bis Thailand führen.

Welche Schritte sollten gesetzt werden?

Mit welchen Maßnahmen kann die OEZA ihre Aktivitäten in Zukunft weiter den neuen Erfordernissen durch den „Aufstieg des Südens“ anpassen?

- **Transparente Graduierungspolitiken und „Exit Planning“:** Die Frage ist nicht, ob die Entwicklungshilfe aus reicher werdenden Empfängerländern zurückgefahren werden sollte, sondern wie, erklärte der Forschungsdirektor von Oxfam kürzlich (Green 2013). Es kommt darauf an, Rückzüge der EZA geordnet, koordiniert und verantwortungsvoll abzuwickeln und den Übergang für die Betroffenen planbar zu machen. Die Einbeziehung von Partnerregierungen ist dafür unabdingbar.

Die Managementtheorie kennt den „Lebenszyklus“ eines Projekts, der sich von der Konzeption über die Implementation bis zur Evaluation und zum Follow-up erstreckt. Analog könnten in Zukunft auch ganze Länderengagements zyklisch angelegt sein und von Beginn an eine Phasing-Out-Strategie beinhalten. Es sollte zunehmend selbstverständlich werden, den Rückzug aus Ländern und Regionen früh zu antizipieren und diplomatisch vorzubereiten. Überstürztes Vorgehen, wie es der OEZA im Falle Nicaraguas von manchen Seiten vorgeworfen wurde, gefährdet die Akzeptanz eines Rückzugs. Das Gelingen von Graduierungen hängt wesentlich davon ab, ob ein zeitgleiches Zurückziehen vieler Geber verhindert und, ob sichergestellt werden kann, dass nationale Mittel zur Fortführung von Programmen zur Verfügung stehen. Dem Übergangmanagement der EZA könnte die ADA in den entsprechenden Länderstrategien in größerem Maße Rechnung tragen. Eine Leitlinie, in der eine Palette an Follow-up-Strategien und Nachfolgeinstrumenten erarbeitet wird, wäre darüber hinaus der heiklen Natur des Themas angemessen. Davon abgesehen ist es ein wichtiges Erfolgskriterium, sicherzustellen, dass die Graduierung von Empfängerländern einer systematischen und kohärenten globalen Strategie folgt und nicht durch neue Engagements in Mitteleinkommensländern konterkariert wird.

- **Mitgestaltung internationaler Entscheidungen:** Die Diskussions- und Verhandlungsprozesse, an deren Ende eine europäische Position zur EZA in Mitteleinkommensländern stehen wird, laufen derzeit und sind ergebnisoffen. Österreich sollte sich für einen transparenten Ansatz starkmachen und sich für einen multidimensionalen Messzugang einsetzen: Graduierungsentscheidungen sollten nicht an einem einzelnen, fehlbaren Indikator wie

dem BNE von Empfängerländern hängen. Ferner sollte sich Österreich dafür einsetzen, dass international erarbeitete entwicklungspolitische Standards wie die Definition der ODA an die neuen Entwicklungen angepasst und nicht der schleichenden Bedeutungslosigkeit preisgegeben werden. Ein stärkeres Engagement innerhalb der EU für kohärente Politikgestaltung könnte ein Beitrag zur Realisierung der globalen Partnerschaft sein.

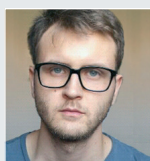
- **Wissenstransfer:** Weniger entwickelte Länder können laut UN „aus den Erfolgen der aufstrebenden Volkswirtschaften des Südens lernen und davon profitieren“ (UN 2013: 149). Wenn der wirtschaftliche Aufschwung des Südens eines gezeigt hat, dass Entwicklungsländern keine unüberwindlichen Hürden auf dem Weg aus der Armut aufgelegt sind. Lehren aus den Erfolgsgeschichten der Emerging Markets zu ziehen, deren Voraussetzungen zu analysieren und daraus politische Empfehlung für Regierungen schwächerer Länder abzuleiten, wäre eine dringliche Aufgabe der Entwicklungsforschung. Die damit verbundenen Fragen nach der Rolle von Markt und Staat, Modernisierungsgewinnen und deren Verteilung, sozialen Spannungen und politischem Gleichgewicht sind komplex. Die EZA könnte einen entsprechenden Wissenstransfer durch gezielte Forschungsförderungen unterstützen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sowohl die internationale EZA als auch die OEZA durch die umwälzenden Entwicklungen des letzten Jahrzehnts vor vielfältigen neuen Herausforderungen steht. Der derzeit global laufende Konsultationsprozess über die Nachfolge der Millenniums-Entwicklungsziele („Post 2015“) mutet angesichts des rasanten Aufstiegs des Südens vielleicht noch zu sehr nach „business as usual“ an. Wenn die OEZA aus ihrer gelegentlichen Selbst-Fokussierung heraustritt und anerkennt, dass ihr Obsolet-Werden in manchen Entwicklungsländern ein zentrales Erfolgsmerkmal ist, wird sie gemeinsam mit anderen kohärenten Maßnahmen und Aktivitäten österreichischer Stakeholder außerhalb der OEZA eine sinnvolle Rolle bei der Transformation von Entwicklungsländern zu neuen Wohlstandszonen spielen können.

i Übersetzung des Autors

ii Diese Bezeichnung wurde von Evans (2010) eingeführt.

Der Autor bedankt sich für wertvolle Kommentare von Dr. Michael Obrovsky, Dr. Werner Raza und Hedwig Riegler. Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind die des Autors.



Mag. Lukas Schlögl

Dissertant am International Development Institute, King's College London

lukas.schlögl@kcl.ac.uk

www.twitter.com/LukasSchlögl

Literatur

- Barder, O. (2012): „Should Britain Give Aid to India?“ Blogbeitrag auf Owen Abroad. <http://goo.gl/gYvAY> (24.9.2013).
- BMeiA (2012): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013-2015. Wien.
- BMeiA (2010): Spindelegger: „Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Kap Verde hat sich gelohnt“. Pressemeldung. <http://goo.gl/2rhtuU> (24.9.2013).
- Chen, S./Ravallion, M. (2012): An update to the World Bank's estimates of consumption poverty in the developing world. Washington D.C.
- Collier, P. (2007): Die unterste Milliarde: Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. München.
- Europäische Kommission (EK) (2011): Increasing the impact of EU Development Policy: an Agenda for Change. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Brüssel. <http://goo.gl/B3XqQ> (24.9.2013).
- Evans, A. (2010): Aid effectiveness post-2010. A think piece on ways forward. London.
- Green, D. (2013): „How to end foreign aid and not alienate people“. In: The Guardian, 4.5.2013. <http://goo.gl/kjSyfN> (24.9.2013).
- Greening, J. (2012): Written Ministerial Statement by the Secretary of State for International Development Justine Greening on aid to India. <http://goo.gl/dLIXNQ> (24.9.2013).
- Herbert, S. (2013): What Future for EU Development Cooperation in Middle-Income Countries? London. <http://goo.gl/iAEbTJ> (24.9.2013).
- IDS (2010): Paul Collier and Andy Sumner in discussion on the IDS paper ‚The New Bottom Billion‘. Auf „mixcloud“ veröffentlichtes Tondokument. <http://goo.gl/nk8uz> (24.9.2013).
- Kanbur, R./Sumner, A. (2011): Poor Countries or Poor People? Development Assistance and the New Geography of Global Poverty. <http://goo.gl/unJ4cU> (24.9.2013).
- Milanovic, B. (2013): „The end of a long era“. Blogbeitrag bei Let's Talk Development. <http://goo.gl/oRcOO7> (24.9.2013).
- Moyo, D. (2012): How The West Was Lost: Fifty Years of Economic Folly – And the Stark Choices Ahead. London.
- OECD (2011): Busan Partnership for Effective Development Cooperation. Abschlussdokument des Fourth High Level Forum on Aid Effectiveness, Busan, 29.11.2011. <http://goo.gl/cb6b8k> (24.9.2013).
- OECD (2010): Perspectives on Global Development 2010: Shifting Wealth. Paris.
- OECD (2005): The Paris Declaration on Aid Effectiveness and the Accra Agenda for Action. Paris. <http://goo.gl/rKqRlx> (24.9.2013).
- Olinto, P./Uematsu, H. (2013): The State of the Poor: Where are the Poor and where are they Poorest? Draft. Washington D.C. <http://goo.gl/jzV8sy> (24.9.2013).
- Radelet, S. (2010): Emerging Africa: How 17 Countries Are Leading the Way. Washington D.C.
- Ravallion, M. (2009): Do Poorer Countries Have Less Capacity For Redistribution? Policy Research Paper 5046. Washington D.C.
- Statistikamt Indien (2011): Millennium Development Goals India Country Report 2011. Puram/Neu Delhi. <http://goo.gl/Etxqe4> (24.9.2013).
- Sumner, A. (2013): Global poverty, aid, and middle-income countries: Are the country classifications moribund or is global poverty in the process of 'nationalizing'? Working Paper 2013/062. UNU-WIDER. <http://goo.gl/bU4SRK> (24.9.2013).
- Sumner, A. (2011): „Where Do The Poor Live?“ In: World Development, 40(5), 865-877.
- Thomas, A. (2013): Do Middle-Income Countries Need Aid? London. <http://goo.gl/cAFBq3> (24.9.2013).
- Tran, M. (2013): „End of UK aid to India divides opinion“. In: The Guardian, 18.2.2013. <http://goo.gl/LWwHb2> (24.9.2013).
- UN (2013): Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt. Berlin.
- Weltbank (2007): Global Economic Prospects: Managing the Next Wave of Globalization. Washington D.C.
- Weltbank (2006): The Road to 2050. Sustainable Development for the 21st Century. Washington D.C.
- Zakaria, F. (2011): The Post-American World: And The Rise Of The Rest. London.